

Bitte beachten Sie, daß es sich hier um ein Manuskript handelt. Zitieren Sie diesen Beitrag deshalb nur nach der gedruckten Fassung in Falter/Gabriel/Rattinger/Schoen 2006. Die vollständigen Angaben finden Sie auf meiner [Publikationsliste](#).

## Von „Westalgie“ und „Zonenkindern“: Die Rolle der jungen Generation im Prozess der Vereinigung

[Kai Arzheimer](#)

Als sich im Winter 1989/90 abzeichnete, dass es viel schneller als erwartet zu einer Vereinigung beider deutscher Staaten kommen könnte, schien dies in erster Linie ein ökonomisches und administratives Problem zu sein. Spätestens seit dem überwältigenden Sieg der „Allianz für Deutschland“ bei der Volkskammerwahl im März 1990, der von vielen Beobachtern als Plebiszit der Ostdeutschen für eine zügige „Abwicklung“ der DDR gedeutet wurde, gab es keinen Zweifel mehr daran, dass die große Mehrheit der DDR-Bürger einen möglichst raschen Beitritt zur Bundesrepublik wünschte. Das heute viel zitierte Schlagwort von der „inneren Einheit“ spielte damals in der öffentlichen Diskussion noch keine Rolle.

Schon bald nach der Vereinigung zeigte sich jedoch, dass sich Ost- und Westdeutsche sich in ihren politischen Einstellungen und Verhaltensweisen deutlich und dauerhaft unterscheiden – entsprechende Ergebnisse finden sich in allen Beiträgen zu diesem Band. Dem Unverständnis, das viele Westdeutsche gegenüber den „Jammer-Ossis“ empfinden, stehen in den neuen Ländern oft Verunsicherung, Unzufriedenheit und jene als „Ostalgie“ bezeichnete Sehnsucht nach früheren Zeiten gegenüber. Dies gilt für die (vergleichsweise zufriedene) Gruppe derjenigen, die damals schon im Rentenalter oder kurz vor dessen Erreichen standen, vor allem aber für die Generation derer, die als „gelernte DDR-Bürger“ aufgewachsen sind, ihre „ostdeutsche

Biographie“ als mehr oder minder bedeutsamen Teil ihrer Identität empfinden und seit der Wiedervereinigung oft mit erheblichen Problemen zu kämpfen haben.

Heute ist unstrittig, dass die Herstellung der „inneren Einheit“ keineswegs abgeschlossen ist, sondern vielmehr als offener Prozess betrachtet werden muss. Einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung der Einheit wird deshalb die nachrückende Generation leisten müssen. Ziel dieses Beitrags ist es deshalb, einen Überblick über die Rolle zu geben, die Jugendliche und junge Erwachsene in diesem Prozess spielen.

Wann „wächst zusammen, was zusammengehört“?

Fünfzehn Jahre nach der Wiedervereinigung spielt der Faktor „Biographie“ immer noch eine wichtige Rolle in den öffentlichen Diskussionen um das Zusammenwachsen beider deutscher Staaten. Einige willkürlich herausgegriffene Beispiele aus dem fünfzehnten Jahr nach der Wiedervereinigung mögen dies verdeutlichen:

In einem Interview zum 3. Oktober erklärte Lothar de Maizière, letzter Ministerpräsident der DDR, ein Teil der Ostdeutschen habe „ein Recht darauf, frustriert zu sein“. Dabei handele es sich um diejenigen, „die 1990 zehn Jahre zu alt waren, um neu durchzustarten, und zehn Jahre zu jung, um sich in die Rente zu retten.“ Diese Generation habe „die DDR aufgebaut und die Wende herbeigeführt.“<sup>1</sup> Einen besonderen Beiklang gewinnt diese Äußerung dadurch, dass de Maizière, der vom Oktober 1990 an dem ersten gesamtdeutschen Bundeskabinett angehörte und ins Präsidium der CDU aufrückte, sein Ministeramt aber nach wenigen Wochen wegen Veröffentlichungen über seine angebliche Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssi-

---

<sup>1</sup> Interview mit der Mitteldeutschen Zeitung vom 01.10.05.

cherheit aufgeben musste und im darauffolgenden Jahr auch von seinen Parteiämtern zurücktrat. Er wurde im Jahr 1940 geboren und ist damit selbst dieser Generation zuzurechnen.

Rund zwei Monate zuvor hatte ein anderer prominenter Unionspolitiker, der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm, Aufsehen erregt, als er im Zusammenhang mit einem Fall von neunfachem Säuglingsmord die These äußerte, die von der SED betriebene Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in den 1950er Jahren habe zu einem „Verlust von Verantwortung für Eigentum (...) [und] für das Schaffen von Werten“ geführt.<sup>2</sup> Dieser Werteverlust wirke bis heute fort und sei für die angeblich besonders hohe Zahl von Gewaltverbrechen in Brandenburg verantwortlich.

Schönbohms hatte nach eigenem Bekunden diese Vermutungen in einem Moment „wilder Schwermut“ über den Zusammenhang zwischen den Lebensbedingungen in der früheren DDR und dem heutigen Sozialverhalten geäußert; sie beherrschten für einige Tage die Schlagzeilen und provozierten ebenso heftige Gegenreaktionen, nicht zuletzt in den eigenen Reihen: Peter-Michael Diestel, der letzte Innenminister der DDR, bezeichnete Schönbohm als „Gutmensch aus dem Westen“ und „Schnösel“<sup>3</sup>; der Vorsitzende der CDU-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern sprach von „nicht zu rechtfertigenden verbalen Entgleisungen“<sup>4</sup> und die CDU-Vorsitzende und Kanzlerkandidatin Merkel von „pauschalen Einschätzungen“.<sup>5</sup> Einzelne CDU-Politiker wie der Verkehrsminister von Sachsen-Anhalt forderten sogar öffentlich Schönbohms Rücktritt.<sup>6</sup>

---

<sup>2</sup> Interview mit dem Berliner Tagesspiegel vom 03.08.05.

<sup>3</sup> Tagesspiegel vom 04.08.05.

<sup>4</sup> Tagesspiegel vom 04.08.05.

<sup>5</sup> Tagesschau-Meldung vom 05.08.05.

<sup>6</sup> DPA-Meldung vom 05.08.05.

Neben wahlkampfaktischen Überlegungen spielte auch in dieser Debatte die Frage der Biographie, vor allem aber die wechselseitige Anerkennung kollektiver Erlebnisse eine zentrale Rolle: Schönbohm machte – dies ist für einen christlich-demokratischen Politiker im übrigen ein höchst bemerkenswertes Argument – die Sozial- und Wirtschaftsordnung der frühen DDR für die heutigen Einstellungsweisen, Wertorientierungen und Verhaltensweisen „der Ostdeutschen“ verantwortlich. Diese wiederum verteidigten die eigenen Erfahrungen mit der DDR als Teil ihrer Identität – mehrere ostdeutsche Kommunal- und Landespolitiker der CDU sprachen in diesem Zusammenhang vom „größeren Zusammenhalt untereinander“, den es in der DDR gegeben habe – und sprachen Schönbohm schlicht die Kompetenz ab, sich über die Spätfolgen einer in der DDR verbrachten Kindheit und Jugend zu äußern, da dieser zwar in Brandenburg geboren, aber in der alten Bundesrepublik aufgewachsen und somit als „Wessi“ sozialisiert worden sei.

Auch im Wahlkampf selbst spielte die ostdeutsche Herkunft der CDU-Spitzenkandidatin Angela Merkel eine wesentliche, wenn auch höchst paradoxe Rolle. Zum Thema wurde sie spätestens, nachdem der CSU-Vorsitzende Stoiber bereits im Sommer 2004 halböffentlich seine Zweifel daran geäußert hatte, dass „eine ostdeutsche Protestantin das bürgerliche Lager“ erreichen könne.<sup>7</sup> Die Frage, „wie ostdeutsch Merkel sein“<sup>8</sup> dürfe, wuchs sich zu Beginn des Wahlkampfes zu einer veritablen Strategiedebatte aus: Während der CDU-Generalsekretär Kauder ankündigte, in den neuen Ländern einen speziell auf die dortigen Bedürfnisse und Interessen abgestimmten Wahlkampf zu führen, damit Forderungen aus den Landesverbänden

---

<sup>7</sup> Nach einem Bericht des Münchner Merkur vom 02.08.04 sprach Stoiber von Merkel und dem FDP-Vorsitzenden Westerwelle bei einer Sitzung mit Sozialexperten der CSU als einer „ostdeutschen Protestantin und einem Junggesellen aus Bonn“. Der Generalsekretär der CSU dementierte die offenbar durch eine gezielte Indiskretion an die Öffentlichkeit gelangte Aussage am folgenden Tag.

Berlin, Brandenburg, Sachsen und Thüringen aufnahm, lehnten Unionspolitiker aus Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern eine solche Kampagne ab. Wie ein solcher Ostwahlkampf aussehen sollte, blieb aber völlig unklar. Angela Merkel selbst vermied es im Wahlkampf letztlich, ihre Herkunft aus den neuen Ländern zu thematisieren und musste sich von der Linkspartei vorwerfen lassen, sie wolle den „scheinbaren Makel, aus dem Osten zu kommen (...) vergessen machen“ und weigere sich deshalb auch, „für den Osten Politik zu machen“.<sup>9</sup>

Auch außerhalb der Sphäre des im eigentlichen Sinne Politischen spielt das biographische Element in der öffentlichen Diskussion um den Stand der Wiedervereinigung eine wichtige Rolle. Zu den bekanntesten literarischen Beispielen aus der jüngeren Zeit zählen Jana Hensels Reflexionen über das plötzliche Verschwinden ihrer DDR-Kindheit („Zonenkinder“) und Claudia Ruschs Erinnerungen an ihre „freie deutsche Jugend“. Ein trivialeres Echo fand das Bedürfnis, sich an das Leben in der DDR zu erinnern bzw. erinnern zu lassen, in der Flut von „Ostalgie“-Shows auf privaten und öffentlich-rechtlichen Kanälen, in DDR-Parties, Kleidung, die mit den Emblemen der ehemaligen Nationalmannschaften versehen ist, und – für die reiferen Jahrgänge – kommerziell organisierten Trabbi-Rallies durch die neuen Länder.

Eine ähnliche Entwicklung ist seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts auch in den alten Ländern beobachten. Dort können sich etwa die Angehörigen der von Florian Illies beschriebenen „Generation Golf“ mit einer nach wie vor wachsenden Zahl von Achtziger-Jahre-Shows, Erinnerungsbüchern („Lenin kam nur bis Lüdenscheid“, „Herr Lehmann“, „Das Dosenmilch-

---

<sup>8</sup> „Stern“-Artikel vom 20.07.05.

<sup>9</sup> TAZ-Interview mit Gregor Gysi vom 08.09.05.

Trauma“) und –Filmen („Liegen Lernen“, „Verschwende Deine Jugend“) in die alte Bundesrepublik ihrer Kindheit und Jugend zurückversetzen lassen.

Diese willkürlich herausgegriffenen Beispiele aus Politik und Kultur zeigen zweierlei: Zum einen stellt die alte Bundesrepublik für die große Mehrzahl der Beobachter immer noch den Bezugspunkt da, von dem aus betrachtet die Entwicklungen in den neuen Ländern als erklärungsbedürftige Abweichung erscheinen. Nicht umsonst hat sich das Schlagwort von der „Westalgie“ bislang nicht durchsetzen können, obwohl die strukturellen Parallelen zwischen den „Zonenkindern“ und der „Generation Golf“ unübersehbar sind.<sup>10</sup> Zum anderen gehen Politiker, Literaten und Bürger wie selbstverständlich davon aus, dass die Biographie und hier insbesondere die *kollektiven* Erlebnisse das spätere Denken und Handeln prägen.

Mit solchen Zusammenhängen beschäftigt sich die empirische Sozialforschung seit vielen Jahrzehnten – nicht umsonst musste sich Schönbohm nach seinen unglücklichen Einlassungen in verschiedenen Kommentaren als „Hobby-Soziologe“<sup>11</sup> bezeichnen lassen. Wie aber lassen sich biographische Ereignisse und ihr Einfluss auf die „innere Einheit“ in sozialwissenschaftliche Statistiken übersetzen? In den Sozialwissenschaften ist es üblich, zu diesem Zweck drei verschiedene Mechanismen idealtypisch voneinander zu unterscheiden:

---

<sup>10</sup> Das gilt erstaunlicherweise auch für viele wissenschaftliche Beiträge zur Entwicklung des vereinigten Deutschlands, die implizit vom Idealbild einer Annäherung des Ostens an den vertrauten Westen ausgehen. Dies erklärt sich einerseits aus der schieren wirtschaftlichen und zahlenmäßigen Dominanz der alten Länder, andererseits daraus, dass die soziale, politische und kulturelle Entwicklung der alten Bundesrepublik seit dem Ende der 70er Jahre von der überwältigenden Mehrheit der bundesdeutschen und internationalen Forscher als im Großen und Ganzen erfolgreicher „langer Weg nach Westen“ (Heinrich A. Winkler) gedeutet wurde, der von den Trümmern des „Dritten Reiches“ ins Lager der stabilen Demokratien führte.

<sup>11</sup> So z.B. in der Märkischen Zeitung vom 06.08.05.

## Abbildung 1 etwa hier

Als *Lebenszykluseffekte* bezeichnet man den Einfluss, den der Eintritt in neue Lebensphasen (Ausbildung, erste Berufstätigkeit, Familiengründung etc.) auf die Werte, Einstellungen und Verhaltensweisen der Menschen hat. Ein „reiner“ Lebenszykluseffekt würde dann vorliegen, wenn das politische Denken und Handeln der Bürger ausschließlich von ihrer Lebensphase beeinflusst würde und andere zeitliche Faktoren keinen Einfluss hätten. Im einfachsten Fall wäre darüber hinaus davon auszugehen, dass ein lebenszyklischer *Wandel* von Einstellungen und Verhaltensweisen alle Mitglieder einer Gesellschaft unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder anderen Merkmalen in gleicher Weise betrifft. Das Churchill zugeschriebene Diktum „Wer mit 20 kein Sozialist ist, hat kein Herz, wer es mit 40 immer noch ist, keinen Verstand“ fasst diesen Gedanken pointiert zusammen; der obere Teil von Abbildung veranschaulicht ihn graphisch.<sup>12</sup>

Fragen des Lebensalters spielen in der politischen Diskussion seit jeher eine wichtige Rolle. Bereits Aristoteles sorgte sich um die angebliche Verantwortungslosigkeit der Jugend; Klagen, dass junge Menschen politisch desinteressiert und passiv seien, reichen in Deutschland mindestens bis in die unmittelbare Nachkriegszeit zurück. Vom Aufstand der „68er“ gegen ihre Eltern und Großeltern bis zu den Versuchen einzelner jüngerer Politiker, den sich ab-

---

<sup>12</sup> In diesem Fall wäre das biologische Alter ein einfacher und zuverlässiger Indikator für die inneren Reifungsprozesse, die mit dem Gang durch den Lebenszyklus verbunden sind. In der Praxis lässt sich diese Vereinfachung allerdings kaum aufrechterhalten, da Lebenszyklen in verschiedenen sozialen Gruppen sehr unterschiedlich verlaufen können und in allen modernen Gesellschaften darüber hinaus eine zunehmende Differenzierung *innerhalb* der sozialen Gruppen festzustellen ist. Deshalb müssen neben dem Lebensalter weitere Indikatoren wie etwa der Familienstand herangezogen werden, die einen unmittelbaren Rückschluss auf die persönlichen Lebensumstände zulassen.

zeichnenden Interessengegensatz zwischen Rentenzahlern und -empfängern auf die politische Agenda zu bringen, hat der Konflikt zwischen Jung und Alt in der Politik immer wieder eine wichtige Rolle gespielt. Dreh- und Angelpunkt dieser Diskussionen sind allerdings, auch wenn sich die Protagonisten dieser Tatsache nicht immer bewusst sind, meist nicht Lebenszyklus-, sondern sogenannte *Generationen- oder Kohorteneffekte*.<sup>13</sup>

Von einem „reinen Generationeneffekt“ spricht man dann, wenn sich Bürger, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums wie etwa der unmittelbaren Nachkriegszeit geboren wurden, in ihren Einstellungen und Verhaltensweisen über ihr gesamtes Leben hinweg von ihren jüngeren bzw. älteren Mitbürgern unterscheiden. Einen solchen idealtypischen Zusammenhang veranschaulicht der mittlere Teil von Abbildung 1.

Eine mögliche Ursache solcher dauerhafter Unterschiede sind ebenso dauerhafte Interessenkonstellationen, die, wie in dem Eingangszitat von Lothar de Maizière angesprochen, an die Generationenzugehörigkeit gebunden sind. Das Hauptaugenmerk der Forschung konzentriert sich jedoch auf die (kollektiven) Lebensumstände, unter denen eine Generation aufgewachsen ist. Dabei wird angenommen, dass es im Leben jedes Menschen zwischen Kindheit und frühem Erwachsenenalter eine so genannte „formative Phase“ gibt, in der man für äußere Einflüsse besonders empfänglich ist. Wertorientierungen und Einstellungen, die in dieser Zeit erworben werden, wandeln sich im Laufe des späteren Lebens kaum noch. Zur „politischen Generation“ (Karl Mannheim) werden Menschen einer Altersgruppe dann, wenn ihre jeweilige formative Phase wiederum unabhängig von Geschlecht, Schichtzugehörigkeit oder anderen Merkmalen durch Umstände und Ereignisse in einer Weise geprägt wurde, die ihr späteres

---

(politisches) Denken und Handeln im Sinne einer *Sozialisation* maßgeblich und dauerhaft beeinflusst. Zu den bekanntesten Beispielen für eine solche politische Generation zählen sicher die westdeutschen „Achtundsechziger“.

In der Realität spielen Lebenszyklus- und Generationeneffekte stets in komplexer Weise zusammen, nicht zuletzt, weil der typische Verlauf des Lebenszyklus sich über die Zeit verändert, wobei wiederum generationenspezifische Muster auftreten können. Weiter kompliziert wird die Situation dadurch, dass es noch eine dritte Variante von biographischen Einflüssen gibt, die als *Periodeneffekte* bezeichnet werden. Während reine Lebenszyklus- respektive Generationeneffekte sich dadurch auszeichnen, dass sie alle Menschen eines bestimmten Alters bzw. einer bestimmten Generation erfassen, zeichnen sich reine Periodeneffekte dadurch aus, dass sie zu einem bestimmten Zeitpunkt bzw. über einen bestimmten Zeitraum hinweg alle Mitglieder einer Gesellschaft in gleicher Weise tangieren (vgl. dazu den unteren Teil von Abbildung 1). Das am häufigsten zitierte Beispiel für einen solchen Periodeneffekt ist vermutlich die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, die in allen sozialen Gruppen zu einem deutlichen Anstieg des Umweltbewusstseins führte.

Für die Frage nach dem Stand und der Entwicklung der inneren Einheit Deutschlands ist es nun von entscheidender Bedeutung, welches dieser drei idealtypischen Muster in der Realität dominiert. Dabei dürften lebenszyklische Effekte den geringsten Einfluss auf die nach wie vor bestehenden Einstellungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen haben. Zwar lassen sich Hinweise auf regionale Unterschiede auch hier nicht gänzlich von der Hand weisen. Dabei ist neben dem in den neuen Ländern deutlich höheren Anteil von (Früh-)Rentnern vor

---

<sup>13</sup> Der von der lateinischen Bezeichnung für eine militärische Einheit abgeleitete Begriff des „Kohorteneffekt“ erklärt sich daraus, dass sich die Angehörigen einer Generation wie im Gleichschritt durchs Leben bewegen.

allem an die ostdeutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu denken, denen der Übergang ins Berufsleben wegen der hohen Arbeitslosigkeit weitaus schwerer fällt als ihren westdeutschen Altersgenossen. Auch der deutlich höhere Anteil von Frauen, die im Erwerbsleben stehen bzw. Arbeit suchen, muss hier berücksichtigt werden. Diese Unterschiede in der Verteilung der Bürger auf die verschiedenen Stationen des Lebenszyklus alleine können die eklatanten Unterschiede zwischen alten und neuen Ländern aber keinesfalls vollständig erklären.

Auch die Möglichkeit, dass die nach wie vor deutlich schlechteren Lebensbedingungen in den neuen Ländern im Sinne eines spezifisch ostdeutschen Periodeneffektes wirken können, wird seit einigen Jahren in der Forschung jedoch diskutiert. So scheint es durchaus plausibel, dass die Menschen die Idee des Sozialismus im Allgemeinen und die DDR-Vergangenheit im Besonderen eher positiv bewerten, wenn sie in einem Umfeld leben, in dem Marktwirtschaft mit Massenarbeitslosigkeit identisch zu sein scheint. In diesem Fall wäre die Perspektive für die „innere Einheit“ relativ günstig, weil sich im Falle einer dauerhaften wirtschaftlichen Erholung beide Teile Deutschlands einander vergleichsweise rasch annähern könnten.

Die bisherigen Ergebnisse der Forschung deuten jedoch darauf hin, dass auch die Periodeneffekte nur für einen geringen Teil der Ost-West-Unterschiede verantwortlich sind. Seit der Mitte der 1990er Jahre konzentriert sich das Interesse der Forschung deshalb auf die Wirkung von Generationeneffekten. Falls diese tatsächlich die Hauptverantwortung für die Einstellungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen tragen, dann steht zu erwarten, dass diese Unterschiede über die nächsten Jahre und Jahrzehnte hinweg weitgehend stabil bleiben werden, da es, wie unten gezeigt, nur langsam zu einem Austausch der älteren durch die jüngeren, nach dem Fall der Mauer geborenen bzw. sozialisierten Generationen kommt.

Selbst dieser langsame Wechsel setzt jedoch voraus, dass junge Ost- und Westdeutsche heute unter vergleichbaren Bedingungen aufwachsen. Davon ist nicht ohne weiteres auszugehen. Zwar wurden in den neuen Ländern die Lehrpläne der Schulen und Hochschulen sowie die Lehrerausbildung sehr schnell an die Vorgaben aus der alten Bundesrepublik angeglichen. Die (elektronischen) Medien, die heute als ein wichtiger Sozialisationsfaktor gelten, sind ebenfalls im Wesentlichen gesamtdeutsch ausgerichtet.

Auch in modernen Gesellschaften werden Wertvorstellungen und Weltsicht junger Menschen aber wesentlich von deren Eltern und Großeltern bestimmt. Wenn deren Einstellungen maßgeblich vom eigenen Leben in der DDR geprägt sind, muss sich dies auch auf die folgende Generation auswirken. Zudem zeigt schon ein kurzer Blick auf Phänomene wie die regional unterschiedliche Jugendarbeitslosigkeit, aber auch die im Osten weit verbreitete Dauerarbeitslosigkeit der Elterngeneration, das Schrumpfen der Städte und der allmähliche Rückzug der Schulen und anderer öffentlicher Einrichtungen aus der Fläche, dass sich die Lebensbedingungen junger Deutscher in Ost und West während ihrer „formativen Phase“ nach wie vor deutlich unterscheiden, so dass vermutlich auch für die nähere und fernere Zukunft mit Generationeneffekten zu rechnen ist.

Die Frage, was sich die erste gesamtdeutsche Generation entwickelt, ist deshalb von entscheidender Bedeutung. Wie aber lässt sich diese Generation überhaupt abgrenzen? Betrachtet man nur das biologische Lebensalter, dann entspricht der Generationenabstand, d.h. der durchschnittliche Altersunterschied zwischen Eltern und Kindern, in etwa einer Zeitspanne von rund 30 Jahren. Politisch-kulturell definierte Generationen umfassen aber meist nur einen

deutlich kürzeren Zeitraum von ca. ein bis zwei Jahrzehnten. Entsprechend kleinteilig sind die Schemata, die zur Abgrenzung politischer Generationen vorgeschlagen werden.<sup>14</sup>

Abbildung 2 etwa hier

Für die Zwecke dieses Beitrags genügt jedoch eine einfache Unterscheidung zwischen zwei bzw. drei Altersgruppen: Zum einen die älteren Bürger, die wiederum in zwei Gruppen unterteilt werden können: Der größere Teil von ihnen wurde zwischen 1940 und 1972 geboren und hat seine prägenden Jahre in der alten Bundesrepublik bzw. der DDR verlebt. Dementsprechend könnte man die Angehörigen dieser Altersgruppe auch als „Bundesbürger“ bzw. „DDR-Bürger“ bezeichnen. Die vor 1940 geborenen Menschen hingegen haben noch bewusste Erinnerungen an Krieg und Diktatur und können deshalb zur „Kriegs- und Vorkriegsgeneration“ zusammengefasst werden. Zum anderen die jungen, d.h. nach 1972 geborenen Bürgern. Diese haben mindestens die Hälfte ihres bisherigen Lebens im vereinten Deutschland zugebracht und sind in etwa mit jener Gruppe identisch, die in der Literatur als „Neunundachtziger“ bezeichnet wird.

Die Schlüsselstellung dieser „Neunundachtziger“ zeigt sich in Abbildung 2: Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung stellte diese erste gesamtdeutsche Generation etwa ein Fünftel der Bevölkerung, 15 Jahre später gehören ihr bereits ein Drittel aller Bürger an.<sup>15</sup> Wenn die Prognosen der Bevölkerungswissenschaftler zutreffen, wird diese Gruppe in noch einmal 15 Jahren, also

---

<sup>14</sup> Ein differenziertes Generationenschema für die alte Bundesrepublik, das sich an den politischen Wegmarken der Nachkriegsgeschichte orientiert, hat bereits vor mehr als zwei Jahrzehnten Helmut Fogt vorgelegt. Die Versuche, dieses Schema fortzuschreiben bzw. auf die DDR auszudehnen, sind kaum noch überschaubar. Zudem ist die Abgrenzung dieser Generationen höchst umstritten.

<sup>15</sup> Rund die Hälfte dieser Gruppe ist derzeit wahlberechtigt.

drei Jahrzehnte nach der Vereinigung, etwa die Hälfte der Bevölkerung stellen. Aufgrund der demographischen Entwicklung stehen diesen „Neunundachtzigern“ aber dann immer noch etwa genauso viele „gelernte DDR-Bürger“ bzw. Bundesbürger gegenüber. Erst 2030, wenn das vereinte Deutschland annähernd solange existiert wie zuvor die Bundesrepublik und die DDR, wird sich die zahlenmäßige Dominanz dieser Altersgruppe eindeutig abgeschwächt haben (vgl. Abbildung 2).

Voraussetzung für eine klare Trennung von Lebenszyklus-, Generationen- und Periodeneffekten ist eine dichte und vor allem sehr lange Reihe von Einstellungsmessungen. Nur dann, wenn man die Entwicklung der nachrückenden Generationen über einen hinreichend langen Zeitraum hinweg beobachtet hat, lassen sich einigermaßen sichere Aussagen darüber treffen, ob diese die Besonderheiten, die sich in ihrer Jugend gezeigt haben, auf dem weiteren Lebensweg beibehält. Für eine solche exakte Analyse ist seit dem Fall der Mauer schlichtweg noch nicht genug Zeit vergangen. Eine zuverlässige Prognose darüber, wie nahe oder fern sich jene jungen Deutschen, die den Mauerfall als Kinder und Jugendliche erlebt haben, sein werden, wenn sie in rund zwei Jahrzehnten selbst zur „führenden Generation“ (Karl Mannheim) der vereinten Deutschlands werden, ist derzeit unmöglich. Aufgrund der bisherigen Entwicklung lassen sich aber zumindest Tendenzen abschätzen. Dies ist Gegenstand des nächsten Abschnitts.

## Ergebnisse und Trends

### Einstellungen gegenüber Ausländern und dem „Dritten Reich“

In der politischen Diskussion entsteht zuweilen der Eindruck, dass insbesondere unter jungen Menschen rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen im Osten Deutschlands weiter

verbreitet sind als im Westen. Verantwortlich für dieses Bild ist vor allem die vergleichsweise hohe Zahl ausländerfeindlicher Gewalttaten, die in einigen Regionen Ostdeutschlands von Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen verübt wurden. Als Ursachen werden neben sozialen Problemen – Alkoholismus, schlechte Berufsaussichten, Mangel an sinnvoller Beschäftigung – auch immer wieder der Umgang der DDR mit der deutschen Geschichte genannt. Der ritualisierte „Antifaschismus“ des SED-Regimes habe eine echte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus verhindert und zudem den Reiz des Verbotenen erhöht, dem die ostdeutschen Jugendlichen nun nachgeben könnten. Einen ähnlichen Effekt soll der ostentative Internationalismus („Völkerfreundschaft!“) im Zusammenhang mit der Kasernierung von Gastarbeitern und den Reiseverboten für die einheimische Bevölkerung gehabt haben.

Derart komplexe, zudem auf die Vergangenheit bezogene Vermutungen sind praktisch kaum überprüfbar. Ob sich Ost- und Westdeutsche bezüglich ihrer Einstellungen gegenüber Ausländern und dem „Dritten Reich“ unterscheiden, lässt sich hingegen mit Hilfe einiger gängiger Befragungsinstrumente relativ leicht feststellen. Dabei zeigt sich, dass junge, d.h. nach 1972 geborene Ostdeutsche einer Reihe von positiven Aussagen über den Nationalsozialismus („Ohne die Judenvernichtung würde man Hitler heute als einen großen Staatsmann ansehen“; „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“) eher zustimmen als ihre Altersgenossen aus der alten Bundesrepublik. Dies gilt auch dann, wenn man den Effekt der formalen Bildung statistisch kontrolliert. Bei älteren Menschen lässt sich dieser Ost-West-Unterschied hingegen entweder nicht nachweisen, oder die Ostdeutschen lehnen die Aussagen etwas *stärker* ab als die Westdeutschen. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch, wenn an die Befragten mit zwei Aussagen konfrontiert, mit deren Hilfe Antisemitismus gemessen werden soll („Auch heute noch ist der Einfluss von Juden zu groß“ / „Die Juden haben einfach etwas Besonderes

und Eigentümliches an sich und passen daher nicht so recht zu uns“). Auch hier unterscheiden sich die jungen Ostdeutschen in ihrem Antwortverhalten erkennbar von den gleichaltrigen Westdeutschen, während in der Eltern- bzw. Großelterngeneration keine Ost-West-Unterschiede nachweisbar sind. Diese Befunde sollten jedoch nicht überinterpretiert werden, da die Differenzen zwischen den verschiedenen Gruppen insgesamt relativ klein sind und die entsprechenden Aussagen in beiden Regionen und in allen Altersgruppen von der überwältigenden Mehrheit der Bürger klar abgelehnt werden.

Ein etwas anderes Bild ergibt sich bei der Analyse zweier Aussagen, die auf die Messung ausländerfeindlicher Einstellungen abzielen, nämlich der Frage, ob Deutschland durch Ausländer „überfremdet“ sei und ob Ausländer nur untereinander heiraten sollten. In beiden Fällen neigen Ostdeutsche zu einem etwas stärker ausländerfeindlichen Antwortverhalten als Westdeutsche. Innerhalb beider Regionen stehen die jeweils jüngeren Befragten den Ausländern aber positiver gegenüber als ihre älteren Mitbürger. Beunruhigend ist allerdings, dass die jungen Ostdeutschen eher Verständnis für gewalttätige und möglicherweise tödliche Übergriffe auf Ausländer aufbringen als alle anderen Befragten („Anschläge auf Asylbewerberheime kann ich gut verstehen“). Fast jeder zehnte Jugendliche und junge Erwachsene gab an, für derartige Verbrechen Verständnis zu haben.

#### Einstellungen zur Demokratie und unkonventionelle Partizipationsformen

Die Menschen in den neuen Ländern stehen sowohl der Idee der Demokratie als auch deren konkreter Umsetzung in Deutschland generell deutlich skeptischer gegenüber als ihre Mitbürger aus der alten Bundesrepublik (vgl. dazu auch den Beitrag von Kerstin Völkl in diesem Band). Bemerkenswerterweise ist die Breite dieser Kluft vom Lebensalter bzw. vom Geburtsjahr völlig unabhängig. Nicht einmal in der Gruppe der hochgebildeten jungen Ostdeutschen

gibt es bislang belastbare Anzeichen für eine Angleichung an das aus dem Westen bekannte Niveau der Zustimmung bzw. Zufriedenheit. Diese (relative) Unzufriedenheit mit dem politischen System der Bundesrepublik geht oft mit dem Gefühl einher, persönlich einer benachteiligten Gruppe anzugehören. Dieser Eindruck ist im Osten Deutschlands ebenfalls deutlich weiter verbreitet ist als in den alten Ländern. Auf der politischen Ebene hat dieses Gefühl seine Entsprechung in der Überzeugung, dass die herrschende Gesellschaftsordnung eher ungerecht sei. Auch hier lassen sich innerhalb der jüngeren Generation kaum Indizien für eine Annäherung zwischen beiden Teilen Deutschlands finden.

Weit verbreitet ist in beiden Teilen Deutschlands und in allen sozialen Gruppen auch die Meinung, dass die Bürger wenig Einfluss auf die Entscheidungen der Regierung haben. Entsprechenden Aussagen stimmen etwa zwei Drittel der Befragten zu. Dabei sind die Ostdeutschen insgesamt nochmals erkennbar unzufriedener mit ihren Mitwirkungsmöglichkeiten. Dies gilt wiederum gleichermaßen für ältere wie für jüngere Bürger.

Keine nennenswerten Unterschiede zwischen Ost und West bzw. Jung und Alt zeigen sich hingegen bei der Wertschätzung demokratischer Prinzipien und Rechte. Aussagen wie „Jeder sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist“ und „Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar“ werden in allen Gruppen jeweils nur von winzigen Minderheiten abgelehnt.

Dabei stellt sich allerdings die Frage, inwieweit diese Prinzipien bzw. deren Konsequenzen von den Bürgern tatsächlich verinnerlicht wurden: Der zumindest in dieser Schärfe mit dem Konzept einer pluralistischen Demokratie nur schwer vereinbaren Aussage „Gruppen- und Verbandsinteressen sollten sich bedingungslos dem Allgemeinwohl unterordnen“ stimmen im Osten Deutschlands etwas mehr als die Hälfte, in den alten Ländern immer noch gut ein Drit-

tel der Bürger zu. Hier allerdings zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen jüngeren und älteren Deutschen: Obwohl auch unter den „Neunundachtzigern“ ein Ost-West-Unterschied erkennbar bleibt, heben sich die Angehörigen dieser Gruppe deutlich von der starken Gemeinwohlorientierung ihrer Eltern und Großeltern ab.

Ein ähnlicher Trend zeigt sich auch, wenn man statt der relativ abstrakten Einstellungen gegenüber der Demokratie nach der tatsächlichen Nutzung demokratischer Möglichkeiten, etwa durch die Teilnahme an legalen Demonstrationen, fragt: Nahezu unabhängig von der Region sind hier junge Menschen weitaus partizipationsfreudiger als ihre älteren Mitbürger. Dies gilt erwartungsgemäß in noch stärkerem Umfang für Beteiligungsformen wie Verkehrsblockaden oder ungenehmigte Demonstrationen, die sich am Rande der Legalität bewegen. Selbst bei einer so konventionellen Partizipationsform wie dem Versuch, für eigene Anliegen die Unterstützung einer politischen Partei zu gewinnen, zeigen ost- und westdeutsche „Neunundachtziger“ eine gleichermaßen hohe Bereitschaft, politisch aktiv zu werden.

Alternativen zur bundesdeutschen Demokratie? Einstellungen zum Sozialismus und die Bewertung der früheren DDR

Zu den interessantesten, aber auch irritierendsten Ergebnissen der deutschen Transformationsforschung gehört die Tatsache, dass die politische Ordnung des Sozialismus sich in den neuen Ländern nach wie vor großer Zustimmung erfreuen kann. So stimmen der Aussage, der Sozialismus sei prinzipiell eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt worden sei, auch 15 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch mehr als die Hälfte der ostdeutschen Bürger zu. In Verbindung mit den relativ skeptischen Einstellungen gegenüber Idee und Praxis der Demokratie, der starken Gemeinwohlorientierung und dem ebenfalls sehr deutlichen Bekenntnissen zu den demokratischen Mitwirkungsrechten wird dieses Ergebnis in der For-

schung als Beleg dafür interpretiert, dass sich viele Ostdeutsche eine Gesellschaft wünschen, die grundlegend anders organisiert ist als die bundesdeutsche. Konkret bevorzugen sie das Modell eines umverteilenden und regulierenden Staates, der zwar individuelle Freiheitsrechte garantiert, zugleich aber massiv in die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eingreift. Die Bürger der alten Bundesrepublik hingegen hängen eher einem stärker liberal geprägten Demokratiekonzept an, wie es den Vorgaben des Grundgesetzes entspricht.

Allerdings hat in den 15 Jahren seit der Wiedervereinigung auch im Westen der Wert der Gleichheit bzw. (sozialen) „Gerechtigkeit“ gegenüber dem der Freiheit an Bedeutung gewonnen, während im Osten die Zustimmung zum Sozialismus leicht rückläufig ist. Naturgemäß ist es gerade hier von besonderem Interesse, ob sich über den Generationenwechsel eine weitere Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschen vollzieht. Dabei ist zunächst festzuhalten, dass im Westen Deutschlands jüngere und ältere Bürger dem Sozialismus gleichermaßen skeptisch gegenüberstehen. Unabhängig vom Geburtsjahr lässt nur ein knappes Viertel der Westdeutschen (zumeist sehr vorsichtige) Sympathien für eine sozialistische Ordnung erkennen, während etwa die Hälfte der Bürger dieses Modell klar ablehnt und ein weiteres Viertel keine Meinung zu dieser Frage hat. In den Ländern hingegen stimmen auch unter den Neunundachtzigern etwa die Hälfte der Aussage zu, der Sozialismus sei im Prinzip eine gute Idee. Bei näherer Betrachtung zeigt sich allerdings, dass dieser Anteil deutlich niedriger liegt als in der Eltern- und Großelterngeneration und die Zustimmung zudem verhaltener ausfällt.

Ein ähnliches Muster ist bei einer ganzen Reihe von Aussagen zu erkennen, die sich auf die Sozial- und Wirtschaftsordnung des vereinigten Deutschlands beziehen. Fragt man beispielsweise danach, ob der Staat für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen verantwortlich sei, ob Sozialleistungen dazu führen, dass die Empfänger keine eigenen Anstrengungen mehr unter-

nehmen, um ihre Lage zu verbessern, ob die Unternehmensgewinne in Deutschland gerecht verteilt seien, ob die Bezahlung sich an den Bedürfnissen oder an der Leistung des Arbeitnehmers orientieren solle oder ob Einkommensunterschiede die Leistungsbereitschaft erhöhen, so zeigen sich stets (1) deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen insgesamt, (2) innerhalb der alten Länder relativ geringe Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Bürgern und (3) mehr oder minder starke Unterschiede zwischen den ostdeutschen „Wendekindern“ und den älteren Ostdeutschen, die auf eine langsame Annäherung der jungen Ostdeutschen an die Bürger der alten Länder hinzudeuten scheint. Diese inner-ostdeutschen Differenzen sind jedoch in allen Fällen kleiner als der Abstand zwischen Ost- und Westdeutschen insgesamt.

Kritik an den marktwirtschaftlichen Institutionen und Sympathie für die Idee des Sozialismus gehen generell mit einer erstaunlich positiven Bewertung bestimmter Aspekte des Lebens in der früheren DDR einher. So stimmt etwa die Hälfte der Ostdeutschen der Aussage zu, zu Zeiten der DDR sei die Einkommensverteilung „gerechter“ gewesen. Knapp vier Fünftel der Menschen in den neuen Ländern ist der Meinung, die soziale Sicherheit in der DDR sei größer gewesen; ein vergleichbar hoher Anteil erinnert sich wie die eingangs erwähnten CDU-Politiker an einen besseren sozialen Zusammenhalt; mehr als zwei Drittel der Bürger schließlich glauben, der Schutz vor Verbrechen sei besser gewesen. Dementsprechend ist es nicht besonders erstaunlich, dass ein gutes Drittel der Befragten sogar der Aussage zustimmt, die DDR habe „mehr gute als schlechte Seiten“ gehabt.

Frappierenderweise unterscheiden sich in diesen Punkten die Antworten der „Zonenkinder“, die in ihrer Mehrheit zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung gerade einmal zwischen acht und vierzehn Jahre alt waren und dementsprechend den größten Teil ihres (politisch bewussten)

Lebens im vereinten Deutschland verbracht haben, nur unwesentlich von denen älterer Ostdeutscher. Die Zustimmungsraten zu den genannten Aussagen sind bis auf ein oder zwei Prozentpunkte identisch, allenfalls die Intensität, mit der den Aussagen über die frühere DDR zugestimmt wird, unterscheidet sich leicht. Dies spricht sehr dafür, dass Eltern, Großeltern und vielleicht auch Lehrer nicht nur einen Teil ihrer Wertorientierungen und Einstellungen, sondern auch ihre – zumindest in der Rückschau – positiven Erfahrungen mit dem „demokratischen Sozialismus“ der DDR an die nachrückende Generation weitergegeben haben bzw. immer noch weitergeben.

#### Das Frauenbild

Bekanntlich hatte und hat die Bundesrepublik eine im internationalen Vergleich sehr niedrige Frauenerwerbsquote, während der Anteil berufstätiger Frauen in der DDR selbst nach skandinavischen Maßstäben außerordentlich hoch war. Zudem waren die Frauen in der DDR meist voll erwerbstätig und stiegen – zumindest außerhalb der engeren politischen Führung – weit aus häufiger in Leitungspositionen auf als in der alten Bundesrepublik. Ermöglicht wurde dies alles durch ein flächendeckendes System der staatlichen bzw. halbstaatlichen Kleinkinderbetreuung, das in wesentlichen Teilen von den Großbetrieben getragen wurde. Die „Abwicklung“ der Volkseigenen Betriebe und die Öffnung der DDR-Wirtschaft für den Weltmarkt mussten deshalb im Zusammenspiel mit der Krise auf dem Arbeitsmarkt und dem Personalabbau im Öffentlichen Dienst zu einem empfindlichen Rückgang der Betreuungsangebote, der Nachfrage nach staatlicher Kinderbetreuung und letztlich auch der Frauenerwerbsquote führen.

Dennoch steht zu erwarten, dass die jahrzehntelange Präsenz von Frauen im Erwerbsleben das Frauen- und Familienbild der Ostdeutschen nachhaltig geprägt hat und dass die entsprechen-

den Wertorientierungen und Einstellungen auch nach dem Zusammenbruch der DDR an die jüngere Generation weitergegeben werden. Zugleich wächst auch in den alten Bundesländern, wo sich die Familien- und Arbeitspolitik über Jahrzehnte hinweg zunächst am Idealbild der „Hausfrauenehe“ orientiert hat und die Berufstätigkeit von Frauen später im Wesentlichen als eine ökonomische Notwendigkeit betrachtet wurde, die sich auf die Zeit vor und nach der „Familienphase“ beschränken sollte, bis in die Reihen der Unionsparteien hinein die Akzeptanz für berufstätige Mütter. Die Frage, ob und wie sich Ost- und Westdeutsche in diesen Punkten einander annähern und welche Rolle die junge Generation dabei spielt, ist deshalb von besonderem Interesse.

Ein erster Punkt, der hier von Bedeutung ist, betrifft die Bewertung politischer Maßnahmen, die auf die faktische Gleichstellung von Frauen und Männern abzielen. Dabei lassen sich wiederum verschiedene Aspekte voneinander unterscheiden, beispielsweise die Frage, wie wichtig dieses Thema für die Bürgerinnen und Bürger ist, inwiefern sie den Staat überhaupt in der Pflicht sehen, für die Gleichstellung aktiv zu werden, und wie zufrieden sie mit der Gleichstellungspolitik sind. Bei allen drei Punkten zeigt sich jeweils dasselbe Bild: In den alten Bundesländern bestehen bei diesen Fragen nur relativ kleine Differenzen zwischen älteren und jüngeren Bürgern. Interessanterweise vertreten – zumindest in Umfragen – beide Gruppen im Mittel eine erstaunlich frauenfreundliche Position: So ist beispielsweise nach Meinung von rund vier Fünftel der Bürger der Staat dafür verantwortlich, die Situation der Frauen zu verbessern. Im Osten Deutschlands hingegen sind bei älteren Menschen die Erwartungen an den Staat durchweg noch etwas höher als im Westen, während die nach 1972 geborenen Bürger eine Mittelstellung einnehmen und sich in ihrer Erwartungshaltung an das westdeutsche Niveau annähern. Dabei bewerten Frauen erwartungsgemäß die staatlichen Bemühungen um

die Gleichstellungen etwas kritischer als Männer, ohne dass sich hier signifikante Differenzen zwischen Ost und West oder Jung und Alt nachweisen ließen.

Noch deutlichere und über die Generationenfolge hinweg weitgehend stabile Ost-West-Unterschiede zeigen sich bei der Einstellung gegenüber der Berufs- bzw. Familienrolle von Frauen. So stimmen 15 Jahre nach der Wiedervereinigung der Aussage, eine „berufstätige Mutter könne ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist“, knapp vier Fünftel der westdeutschen Bürger zu. Dabei lassen sich keine Unterschiede zwischen den „Neunundachtzigern“ und den älteren Befragten nachweisen. In den neuen Ländern hingegen sind mehr als neun Zehntel der Bürger dieser Meinung. Dabei ist die Zustimmung unter den Neunundachtzigern nur geringfügig kleiner. Ein spiegelbildlich identisches Ergebnis zeigt sich bei der Gegenfrage, ob es für die Entwicklung eines Kindes möglicherweise sogar positiv sein könne, wenn seine Mutter berufstätig ist: Wiederum unabhängig von der Generationenzugehörigkeit stimmen nur knapp die Hälfte der westdeutschen, aber vier Fünftel der ostdeutschen Bürger dieser Aussage zu.

Diese deutlichen Ost-West-Unterschiede lassen sich zu einem gewissen Teil durch traditionelle Vorbehalte der älteren Generationen gegenüber berufstätigen Frauen erklären, die von Fragen der Kindererziehung weitgehend unabhängig sind. So stimmen beispielsweise der Aussage, dass eine verheiratete Frau auf die Berufstätigkeit verzichten solle, wenn nur eine beschränkte Anzahl von Arbeitsplätzen zur Verfügung stehe und ihr Mann in der Lage sei, die Familie zu versorgen, gut ein Drittel der älteren Westdeutschen zu. Unter den älteren Ostdeutschen und den jungen Bürgern aus den westlichen Ländern ist nur ein knappes Viertel dieser Meinung, unter den jungen Ostdeutschen sogar nur ein gutes Zehntel. Etwa ein Viertel der älteren Westdeutschen ist darüber hinaus der Meinung, für eine Frau sei es wichtiger die Kar-

riere ihres Mannes zu unterstützen als selbst Karriere zu machen. In den übrigen Gruppen stimmen jeweils nur ein Zehntel oder noch weniger der Befragten dieser Aussage zu. Überdies glauben etwa zwei Fünftel der vor 1973 geborenen Westdeutschen, dass es insgesamt „für alle Beteiligten viel besser“ sei, wenn die Frau „zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert“. Unter den gleichaltrigen Ostdeutschen und den jüngeren Westdeutschen hingegen ist weniger als ein Fünftel, bei den „Zonenkindern“ sogar weniger als ein Zehntel der Bürger dieser Meinung.

Im Zentrum der Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschen stehen jedoch deren unterschiedliche Auffassungen über die angemessene Betreuung von sehr jungen Kindern: Knapp zwei Drittel der älteren und auch etwas mehr als die Hälfte der jüngeren Westdeutschen sind der Meinung, dass ein Kleinkind darunter leidet, wenn seine Mutter berufstätig ist. Unter den älteren Ostdeutschen teilt hingegen nur etwa ein Viertel, unter den jüngeren Ostdeutschen etwas weniger als ein Drittel diese Ansicht. Auffällig ist darüber hinaus, dass ein großer Teil der Westdeutschen dieser Aussage „voll“ zustimmten, während sich die überwiegende Mehrheit der Ostdeutschen für eine schwächere Form der Zustimmung entscheidet („stimme eher zu“).

Fasst man die Ergebnisse dieses Abschnitts zusammen, so lässt sich festhalten, dass die Frau- enpolitik der SED die früheren DDR-Bürger ebenso wie deren Kinder und Enkel nachhaltig geprägt hat. Eine Angleichung zwischen beiden Landesteilen vollzieht sich hier insoweit, als sich die Auffassung der jüngeren Westdeutschen tendenziell denen ihrer ostdeutschen Mitbürger annähern, wobei die so genannte „Fremdbetreuung“ von Kleinkindern auch von vielen jüngeren Westdeutschen als problematisch angesehen wird.

Wahlbeteiligung und Wahlverhalten

In allen Beiträgen zu diesem Band hat sich gezeigt, dass auf der Einstellungsebene immer noch substantielle Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen bestehen. Die Ergebnisse in diesem Kapitel deuten darauf hin, dass in vielen Bereichen auch in Zukunft mit solchen Differenzen zu rechnen ist. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass sich auch das Wahlverhalten von Ost- und Westdeutschen nach wie vor grundlegend unterscheidet (siehe dazu auch die Analysen von Roland Abold und Harald Schoen in diesem Band).

Auch hier stellt sich jedoch die Frage, ob es durch die Generationenfolge zu einer Annäherung kommt. Bislang gibt es wenig Hinweise auf einen solchen Prozess. Vielmehr zeigen sich sowohl bei den jüngeren als auch bei den älteren Bürgern klare Ost-West-Unterschiede im Wahlverhalten. Unabhängig davon sind *innerhalb* beider Regionen generationspezifische Muster zu erkennen.

Dies betrifft zunächst die *Wahlbeteiligung*. Diese lag in Ostdeutschland bei allen Bundestagswahlen seit 1990 mehr oder weniger deutlich unter dem westdeutschen Wert. Zudem machen jüngere Menschen in beiden Regionen etwas seltener von ihrem Wahlrecht Gebrauch als ihre älteren Mitbürger. Weiterführende Analysen deuten darauf hin, dass sich dabei Lebenszyklus- und Generationeneffekte überlagern: Die Wahlbeteiligungsquote der „Neunundachtziger“ nimmt zwar im Laufe des Lebens zu, wird aber vermutlich niemals das Niveau der Generation der heute über Sechzigjährigen erreichen.

Ein wesentlicher Grund dafür liegt in der langsamen Erosion der Wahlbeteiligungsnorm, d.h. der Überzeugung, dass die Teilnahme an Wahlen nicht nur das Recht, sondern vielmehr auch die Pflicht jedes Bürgers sei. Unter den älteren Westdeutschen sind mehr als vier Fünftel der Bürger dieser Meinung, während in der Gruppe der westdeutschen „Neunundachtziger“ die Zustimmung zur Wahlbeteiligungsnorm auf rund drei Viertel absinkt. Dies entspricht wieder-

um fast exakt der Zustimmungquote unter den älteren Ostdeutschen. Von den „Zonenkindern“ schließlich glauben nur zwei Drittel, dass es ihre Pflicht sei, an Wahlen teilzunehmen. Zudem ist in dieser Gruppe der Anteil derjenigen, die die Wahlpflichtnorm nicht voll und ganz, sondern nur unter Vorbehalt bejahen, weitaus größer als in allen anderen Gruppen.

Eine ähnliche Überlagerung von Effekten des Lebensalters und der Region ist auch bei der *Wahlentscheidung*<sup>16</sup> zu verzeichnen: In den alten Ländern fristete die PDS/Linkspartei bis zur vorgezogenen Bundestagswahl 2005 ein Nischendasein. Seit der Wiedervereinigung hatte sich hier ein weitgehend stabiles System aus zwei großen und zwei kleinen Parteien etabliert. Dabei waren das „linke“ (SPD und B90/Grüne) und das „bürgerliche“ (Union und FDP) Lager in etwa gleich stark. In den neuen Ländern hingegen kam es immer wieder zu größeren Verschiebungen im Kräfteverhältnis der Parteien. Dabei standen sich mit SPD, Union und PDS jedoch stets drei „große“ Parteien gegenüber. Der FDP gelang es erst in den letzten Jahren, an ihre Erfolge aus der Zeit unmittelbar nach der Vereinigung anzuknüpfen, die Grünen sind in den neuen Ländern bis heute weitgehend bedeutungslos.

Innerhalb der Regionen folgt das Stärkeverhältnis der politischen Kräfte sowohl bei den „Neunundachtzigern“ als auch bei den älteren Bürgern im Wesentlichen diesem Muster. Dabei gibt es jedoch einige charakteristische Abweichungen. Diese betreffen vor allem die Union, die in Westdeutschland überproportional viel Zustimmung von älteren, d.h. heute über Sechzigjährigen Bürgern erhält, während sie in fast allen jüngeren Altersgruppen klar unterdurchschnittlich abschneidet. Wenn dieses Muster auf einen Generationeneffekt zurückgeht, wofür Einiges spricht, dann wird in Zukunft durch die Bevölkerungsentwicklung der Stim-

---

<sup>16</sup> Um die Darstellung übersichtlich zu halten, beschränke ich mich hier auf das Verhalten bei Bundestagswahlen und betrachte die CDU/CSU als eine Partei.

menanteil der Unionsparteien bei Bundestagswahlen weiter sinken. Ein ähnliches, aber weniger dramatisches Muster zeichnet sich bei den Grünen in den alten Bundesländern und bei der PDS/Linkspartei in Ostdeutschland ab: Beide Parteien erzielen seit Jahren bei den Wählern unter 30 Jahren (leicht) unterdurchschnittliche Ergebnisse und stützen sich vor allem auf die mittleren Jahrgänge. Die FDP hingegen gelang es in den letzten Jahren unter ihrem (vergleichsweise) jungen Vorsitzenden Westerwelle, sich neue Wählerschichten zu erschließen. Sowohl 2002 als auch 2005 schnitt die Partei in beiden Regionen bei den jüngeren Wählern überdurchschnittlich gut ab. Die SPD schließlich findet in beiden Regionen als einzige Partei in allen Altersgruppen annähernd gleichviel Zuspruch.

#### Fazit und Ausblick

Gegenstand dieses Beitrags war die Frage, ob sich bei den jungen Deutschen, die den größten Teil ihres politisch bewussten Lebens im vereinten Deutschland verbracht haben, eine Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschen verzeichnen lässt. Bei der großen Mehrzahl der hier betrachteten Einstellungen und Verhaltensweisen ist dies ganz klar nicht der Fall; vielmehr lassen sich die für die älteren Bürger typischen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen auch bei der Kinder- und Enkelgeneration nachweisen. Zu den bemerkenswerten Ausnahmen zählen hier allerdings die Einstellungen gegenüber der Rolle der Frau: Hier verläuft die eigentliche Trennlinie nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen älteren Westdeutschen einerseits und allen übrigen Bürgern andererseits.

Bei einer Reihe von anderen zentralen politischen Einstellungen und insbesondere beim Wahlverhalten sind jedoch kaum Anzeichen für eine Annäherung zwischen ost- und westdeutschen „Neunundachtzigern“ zu erkennen. Obwohl ein Teil dieser Differenzen auf die derzeit noch sehr unterschiedlichen Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland zurück-

gehen dürfte, ist davon auszugehen, dass die junge Menschen in beiden Regionen nach wie vor unterschiedlich geprägt werden und einen großen Teil ihrer spezifisch ost- bzw. westdeutschen Einstellungen im Laufe ihres weiteren Lebens beibehalten werden. Mit Blick auf die immer noch bestehenden und mittelfristig vermutlich stabilen Unterschiede in den politischen Einstellungen von Ost- und Westdeutschen könnte man deshalb das berühmte Diktum Willy Brandts zynisch variieren: Gehört wirklich zusammen, was hier zusammenwachsen soll?

Dabei muss allerdings die ketzerische Frage erlaubt sein, ob eine weitere Annäherung von Ost- und Westdeutschen auf der Einstellungs- und Handlungsebene denn tatsächlich politisch notwendig oder auch nur wünschenswert ist. Die ritualisierte Beschwörung der „inneren Einheit“ in Leitartikeln, Parlamentsdebatten und Wahlkampfreden verleitet die Deutschen einmal mehr zur Introspektion und verstellt den Blick auf die eigene Geschichte, aber auch auf die Nachbarn in Europa. In Großbritannien, Belgien, Italien, der Schweiz oder in Spanien lebt man seit jeher mit einem sehr viel größeren Maß an kultureller, politischer und auch ökonomischer Heterogenität. Das Grundgesetz als bundesstaatlich angelegte Verfassung bietet ideale Voraussetzungen, auch in Deutschland zu einem produktiven Umgang mit dieser Vielfalt zu kommen, sofern die Politik den Mut aufbringt, diese Ordnung konsequent zu reföderalisieren. Auch hier sind die „Neunundachtziger“ gefordert.

Abbildung 1: Die Wirkung fiktiver biographischer Effekte auf die Einstellung zum Sozialismus

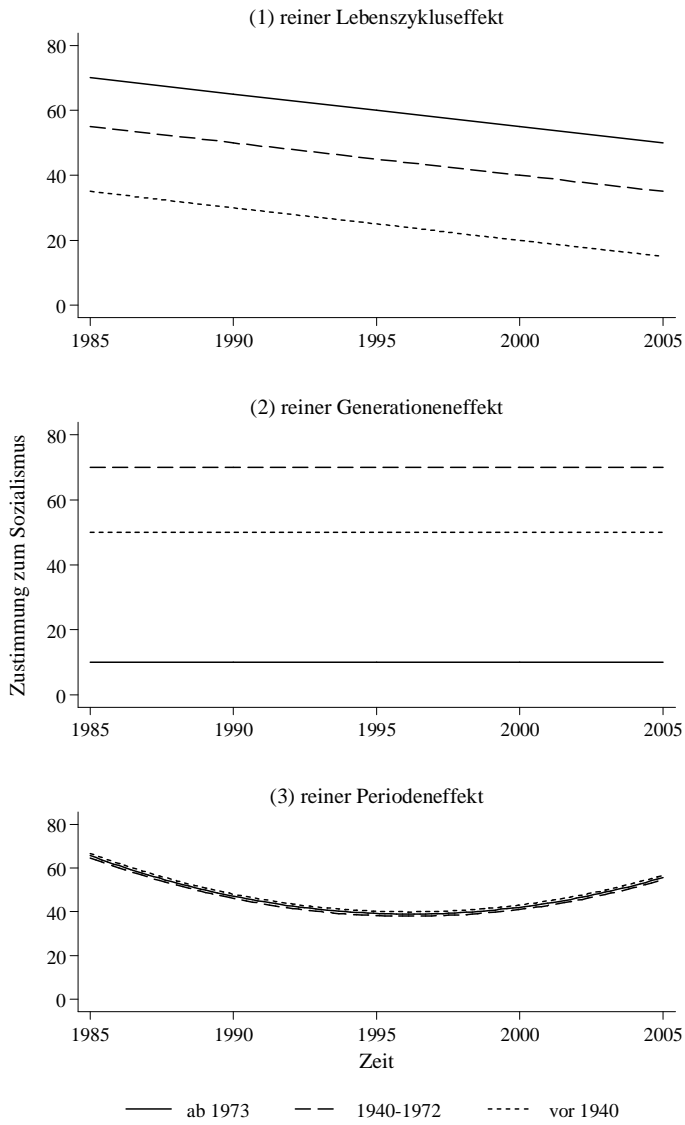




Abbildung 2: Die Rolle der verschiedenen Generationen im Vereinigungsprozess

